

# Einwohnerrat Pratteln

## Protokoll Nr. 348

Einwohnerratssitzung vom Montag, 26. September 2005, 19.00 Uhr  
in der Aula Fröschmatt II

---

Anwesend	39 Einwohnerrats-Mitglieder 7 Gemeinderats-Mitglieder
Abwesend entschuldigt	Olga Aeberhard
Vorsitz	Werner Graber
Protokoll	Bruno Helfenberger
Weibeldienst	Ermira Amiti

---

### Geschäftsverzeichnis

1.	Tätigkeitsbericht der GPK 2004/2005	2385
2.	Volksinitiative „Einführung einer Tempo-30-Zone im Quartier Augstmatt-Fröschmatt-Grossematt-Zweien“	2381
3.	Gemeindeverwaltung „Neubau“: Bewilligung eines Nachtragskredites von CHF 160'000.— für die Flachdachsanierung	2382
4.	Bewilligung eines Nachtragkredites von CHF 48'958.— zum Kauf einer Arbeitshebebühne	2383
5.	Reglement über die Gross-Gemeinschafts-Antennenanlage (GGA Reglement) – Änderung von § 3	2384
6.	Interpellation von Urs Hess betr. „Keine Übersicht beim Fussgängerstreifen Interio“	2368
7.	Interpellation von André Stöckli betr. „Höhere Eigenmietwerte und Wegfall des Mietkostenabzuges – Konsequenzen für die Gemeinde“	2374
8.	Interpellation von Christine von Arx betr. „Spar Aegelmatt“	2377
9.	Interpellation von U. Baumann betr. „Schülerzahlen, Sparpotential und Teamteaching“, schriftliche Antwort des Gemeinderates	2375
10.	Fragestunde (nach der Pause)	

**Neue persönliche Vorstösse:**

- Interpellation der FDP-Fraktion betr. „Einsprachen des VCS gegen ERB Quartierpläne IKEA, Media-Markt und Gewerbeareal Grüssen“
- Interpellation von R. Graf betr. „Wohin mit den leeren PET-Flaschen im Schwimmbad Pratteln?“
- Interpellation von Ch. von Arx betr. „Umbau Bahnhof Pratteln“

**Beschlüsse**

**Dringliche Interpellation der FDP-Fraktion betr. „Einsprachen des VCS gegen ERB Quartierpläne IKEA, Media-Markt und Gewerbeareal Grüssen“**

Aktenhinweis:

- Dringliche Interpellation der FDP-Fraktion vom 22. September 2005

**Siegfried Siegrist:** Sie kennen die Berichterstattung betreffend der VCS-Einsprachen. Aufgrund der Aktualität hat die FDP-Fraktion diese dringliche Interpellation eingereicht und ich bitte Sie, der Dringlichkeit zu zustimmen.

**Petra Ramseier:** Wir sind gegen Dringlichkeit, weil die Fragen nicht unbedingt jetzt beantwortet werden müssen und zu einem späteren Zeitpunkt traktandiert werden können.

**Rös Graf:** Es liegen interessante Fragen vor. Ein Grossteil der SP-Fraktion sieht keine Dringlichkeit, weil der Gemeinderat nicht alle Fragen abschliessend beantworten kann. Weder heute, noch in einem Monat, noch in zwei Monaten. Die SP-Fraktion ist mehrheitlich der Meinung, dass die Interpellation ordentlich traktandiert werden kann.

**Urs Baumann:** Die Dringlichkeit ist ganz klar gegeben. Das Thema brennt jetzt den Leuten unter den Nägeln.

**Urs Hess:** Wenn der Gemeinderat die Antworten bereit hat, können wir der Dringlichkeit zustimmen und das Geschäft ist vom Tisch.

**Rudolf Meury** ist für Dringlichkeit.

**Stefan Löw:** Es erstaunt mich, dass von linker Seite der Dringlichkeit nicht entsprochen wird. Das Thema ist aktuell, der Gemeinderat hält die Antworten bereit und gewisse Fragen können aus der Welt geschaffen werden.

**Kurt Lanz:** Natürlich sind die Fragen interessant und aktuell. Jeder Vorstoss wird dann gemacht, wenn er interessant ist. Sonst gäbe es ja auch keine Vorstösse. Wenn das dazu führt, dass wir alle Vorstösse zum vorneherein für dringlich erklären, dann bin nicht sicher, ob das der richtige Weg ist. Aus diesem Grund bin ich gegen die Dringlichkeit.

**GR Rolf Wehrli:** Das Geschäft hat für die Gemeinde und die Region eine enorme politische Bedeutung. Wenn man den Gemeinderat in seinen Bemühungen auch betreffend der durchgeführten Verständigungsverhandlungen unterstützen will, dann ist die Dringlichkeit gegeben. Ich verweise auf unsere Pressemitteilung. Es geht nicht zuletzt um ein politisches Signal und die Unterstützung des Gemeinderates durch den Einwohnerrat. Der Einwohnerrat hat die drei Quartierpläne genehmigt, nachdem diese in der BPK und im Kanton behandelt wurden und verschiedene Verfahren durchlaufen haben. Verwaltung und Gemeinderat sind gewillt, die Interpellation heute zu beantworten. Rechtlich sind wir am Ende, aber mit ihrem Beschluss zur Dringlichkeit unterstützen Sie den Gemeinderat in seinen weiteren Bemühungen.

**Christine von Arx:** Der Gemeinderat darf und muss sich zu den Verfahren äussern. Der Einwohnerrat hingegen ist nicht der richtige Ort dafür. Eine politische Diskussion ist gar nicht möglich, weil ich den Vorstoss erst jetzt erhalten habe. Das Geschäft muss ordentlich traktandiert werden, damit sich jedes Ratsmitglied vorbereiten und das Geschäft seriös diskutiert werden kann. Ich bitte Sie der Dringlichkeit nicht zu zustimmen.

**Urs Baumann:** Die Interpellation haben wir eingereicht und hat nichts mit dem Gemeinderat zu tun. Die Quartierpläne wurden mit einem mehr oder weniger geschlossenen Ja genehmigt. Es wurden Beschwerden eingereicht und ich bin doch erstaunt über die Bedenken von linker Seite.

://: 21 Ratsmitglieder stimmen für die Dringlichkeit. Das 2/3-Mehr beträgt 26 Stimmen. Der Dringlichkeit wurde damit nicht zugestimmt.

## Geschäft Nr. 2385

## Tätigkeitsbericht der GPK 2004/2005

### Aktenhinweis:

- Tätigkeitsbericht der GPK vom 18. August 2005

**GPK-Präsidentin Christine von Arx:** Die personellen Wechsel haben dazu geführt, dass wir weniger in Subkommissionen gearbeitet haben. Das erste Jahr war geprägt von der Aufarbeitung der Pendenzen. Dies haben wir zusammen mit dem Gemeinderat getan und die Sammelabschreibungsvorlage der letzten Sitzung war ein Resultat davon. Wir bitten Sie, den Tätigkeitsbericht zur Kenntnis zu nehmen.

Eintreten ist unbestritten

**Brigitte Frei:** Frage zum Punkt 6: Um was für Anregungen handelt es sich hier? Zum Punkt 8 haben wir eine Anregung: Wir finden es nicht so geschickt, dass Urs Schneider in der Subkommission Einsitz hat, weil in der Abteilung Öffentliche Sicherheit ein naher Verwandter arbeitet. Dies ist weder für Urs Schneider noch für die Mitarbeitenden eine ideale Lösung. Um Gewissenkonflikte zu vermeiden schlagen wir vor, dass ein anderes Mitglied in der SubKo Einsitz nimmt.

**Urs Schneider:** Wir haben auch eine Anregung beim Punkt 6: Die RPK hat das Thema auch „unter die Lupe genommen“ und man sollte versuchen, die Sache zu koordinieren um „Zweispurigkeiten“ zu vermeiden. Zur Anregung von Brigitte Frei: Ich habe kein Problem damit, wenn jemand anderes in der SubKo Einsitz nehmen soll. Das muss die GPK entscheiden. Auch wenn mein Bruder bei der Gemeindepolizei arbeitet, habe ich das Ganze sehr objektiv betrachtet.

**Christine von Arx:** Die SubKo konstituiert sich selbst und es wird niemand „zwangsverpflichtet“ in einer SubKo mitzuarbeiten. Möglicherweise wird der Titel dieser Subkommission der eigentlichen Tätigkeit nicht gerecht. Wenn die GPK Interessenkollisionen feststellt, dann werden wir selbstverständlich entsprechend reagieren. Zum Punkt 6: Wir haben uns nicht um die Kosten gekümmert und wir hatten einen ganz anderen Ansatz. Die SubKo hat die Einhaltung des Abfallreglements überprüft und sich damit auseinandergesetzt, was gegen die Verslumung der Sammelstellen und Allmend getan werden kann. Wir haben nichts beanstandet sondern Anregungen für den Gemeinderat festgehalten.

**Gert Ruder:** Der Bericht ist kurz und bündig. So wie der Bericht vorliegt, genügt uns das und wir nehmen diesen zustimmend zur Kenntnis. Für detailliertere Auskünfte steht die GPK den Fraktionen zur Verfügung. Zur Befangenheit: Hier muss sich natürlich jeder im Rat bei den Diskussionen Gedanken machen, ob er aus Eigeninteresse oder aus Gründen der Befangenheit politisiert. Wenn die Befangenheit zum Problem wird, dann wird der Betroffene genügend stark sein, eine Entscheidung zu treffen.

**Stefan Löw:** Zum Punkt 8: Welcher Schulrat ist gemeint?

**Christine von Arx:** Der GPK ist sehr wohl bewusst, dass der Schulrat eine eigenständige Behörde ist. Als Präsidentin des Schulrats eines Gymnasiums würde ich es wohl kaum zulassen, dass die GPK einer Gemeinde die Tätigkeit dieser Behörde überprüft.

://: Der Einwohnerrat nimmt Kenntnis vom vorliegenden Tätigkeitsbericht der GPK zum Amtsjahr 2004/2005

## **Geschäft Nr. 2381**

## **Volksinitiative „Einführung einer Tempo-30-Zone im Quartier Augstmatt-Fröschmatt-Grossematt-Zweien**

### Aktenhinweis:

- Antrag des Gemeinderates vom 9. August 2005
- Änderungsantrag des Büros zur Beschlussfassung

**GR Rolf Wehrli:** Grundsätzlich soll das Volk über die Einführung von Tempo 30 entscheiden. Unter Würdigung des Volksentscheides im Jahre 1997 kommt die vorliegende Volksinitiative einer flächendeckenden Einführung von Tempo 30 nahe. Der Gemeinderat empfiehlt Ihnen Ablehnung des Begehrens, damit die Vorlage dem Souverän direkt unterbreitet werden kann.

**Dominic Strub:** Die Initiative wurde auf Wunsch und aufgrund von Meldungen aus dem Quartier gestartet. Es zeigt sich, dass eine sehr grosse Zustimmung da ist. Es braucht keine Volksabstimmung und wir sparen Kosten, wenn der Rat heute zustimmt.

**Aldo Pavan:** Als Mitunterzeichner und betroffener Quartierbewohner empfehle ich dem Rat wärmstens, die Initiative anzunehmen. Ich möchte die Argumente der Abstimmung von 1997 nicht wiederholen. Aber mit der Schlussfolgerung des Gemeinderates bin ich nicht einverstanden. Das Quartier ist für die Einführung von Tempo 30 geradezu prädestiniert. Wir haben in diesem Quartier die zwei grossen Schulhäuser

Grossmatt und Fröschmatt, den Kindergarten Zweien, das Jugendhaus mit dem Mittagstisch und das neue Tagesheim Pumuckl. Nicht zuletzt grenzen auch der Jörinpark und der Ausgang des Altersheims am Weiherweg an das Quartier. Wenn man weiss, wie in der Schlosstrasse und Burggartenstrasse gerast wird, dann ist die Einführung von Tempo 30 ein Gebot der Stunde. Ich bitte Sie eindringlich, der Initiative zu zustimmen.

**Chantal Jenny:** Die SVP hat sich im Jahre 1997 gegen die flächendeckende Einführung von Tempo 30 eingesetzt. Dieser „häppchenweisen“ Einführung können wir nicht zustimmen. Verschiedene Gründe sprechen dagegen, insbesondere die grosse Fläche zwischen Bahnhofstrasse und Zweiengasse. Wir sind keine grundsätzlichen Tempo 30 Gegner, aber das Gebiet erachten wir als zu gross. Im Weiteren ist auch die ÖV-Linie betroffen, welche damit „ausgebremst“ wird. Leider können die Raser mit der Einführung nicht gebremst werden und wir appellieren an die Autofahrer, den gesunden Menschenverstand walten zu lassen und die Geschwindigkeit den Gegebenheiten anzupassen. Die SVP lehnt die Initiative ab.

**Rudolf Meury:** Die CVP ist für Tempo 30 und es ist für uns unverständlich, dass man dagegen sein kann. In einem Quartier wo Menschen wohnen ist Tempo 30 absolut notwendig. Das Verfahren ist eigenartig. Bei einer Ablehnung kommt die Vorlage vor das Volk. Der Einwohnerrat ist als Vertreter des Volkes gewählt worden, damit wir Politik machen. Das ist eigenartig, wenn man jetzt ablehnt und das Volk entscheiden lässt. Haben Sie Angst, Verantwortung zu übernehmen? Ich bitte Sie, den Auftrag der Wähler wahrzunehmen und bitte Sie, dafür zu stimmen.

**Stefan Löw:** Wir nehmen die Aufgabe als Volksvertreter sehr wohl wahr und müssen den Volksentscheid von 1997 respektieren. Drei Tempo 30 Zonen wurden geschaffen und es ist nach 8 Jahren an der Zeit, dass wir das Volk wieder befragen. Wenn das einem Bedürfnis entspricht, dann wird die Vorlage problemlos eine Mehrheit finden. Man kann auch an die Eigenverantwortung appellieren, denn die massiven Überschreitungen finden bei Tempo 30, 50, 80 oder 120 statt. Man darf sich mit einer Tempobeschränkung nicht in einer falschen Sicherheit wiegen. Die Strasse bleibt gefährlich, alles andere ist eine Illusion. Wir sind auch bereit, einen Abstimmungskampf zu führen.

**GR Rolf Wehrli:** Das Volk hat 1997 eine flächendeckende Einführung von Tempo 30 abgelehnt. Das ist nun so und es ist nicht mehr als recht, wenn man das Volk erneut befragt. Wenn das Volk für dieses Quartier ja sagt, dann gilt es, dies zu akzeptieren.

**Stephan Ackermann:** Die Abstimmung kostet rund CHF 20'000.—. Das ist extrem viel Geld und mit diesem Geld könnte man bereits eine Tempo 30 Zone schaffen. 1997 ging es um eine flächendeckende Einführung. Jetzt geht es nicht um eine flächendeckende Einführung, es handelt sich um Quartierstrassen. Ich verweise auch auf das Votum von Aldo Pavan. Die grossen Zubringerstrassen sind noch nie in Tempo 30 Zonen enthalten gewesen. Das wollen wir gar nicht. Bei der Unterschriftensammlung haben die Leute sofort unterschrieben. Auch solche, die nicht in diesem Quartier wohnen, aber Tempo 30 auch in ihrem Quartier einführen möchten. Die Einführung bedeutet eine Erhöhung der Wohnqualität.

**Fredi Wiesner:** Es ist vernünftig, wenn wir die Vorlage dem Volk unterbreiten. Die in der Vorlage enthaltene Zehntenstrasse ist eine Zubringerstrasse. Die heute mit Tempo 30 belegte Baslerstrasse ist ebenfalls eine Zubringerstrasse. Tempo 30 in der Bahnhofstrasse, Oberemattstrasse und Muttenzerstrasse bedeutet für diese Anwohner eine Mehrbelastung. Dort läuft bald gar nichts mehr. Die vorliegende Initiative bedeutet bald eine flächendeckende Einführung.

**Urs Baumann:** Als Quartierbewohner stelle ich fest, dass die Quartierbewohner selber das Quartier tagsüber befahren und viele wie die Wahnsinnigen fahren. Mit Tempo 30 lösen wir das nicht.

**Aldo Pavan:** Ich stelle auch fest, dass es in diesem Quartier keine Trottoirs gibt. Eine Prattler Spezialität, die es in diesem Ausmass nirgends gibt. Zur Diskussion von 1997. Dort wurde gesagt: weder Lärm, noch Abgase, noch Unfälle lassen sich mit Tempo 30 vermindern. Im Weiteren hat man den Leuten gesagt, dass das Tempo 30 Millionen kostet und die Steuern erhöht werden müssten. Auf solche Argumente und Diskussionen können wir verzichten.

://: Mit grossem Mehr wird Eintreten beschlossen

**Dominic Strub:** Der Gemeinderat lehnt ab, damit man darüber diskutiert. Das ist eine spezielle Variante. Den Anwohnern ist es ein wichtiges Anliegen. Ich zitiere: „Im Weiteren haben viele Privatpersonen auf ihrem Grundstück die gelben Schilder „Freiwillig 30“ installiert und leisten damit freiwillig einen Beitrag zur Erhöhung der Sicherheit auf den Strassen.“ Offensichtlich findet auch der Gemeinderat, dass es sinnvoll ist, mit Tempo 30 zu fahren. Ein Beispiel zum Reaktions- und Bremsweg: Bei Tempo 30 steht das Auto bei schneller Reaktionszeit nach rund 13 Meter. Bei Tempo 50 bremsen Sie nach der Reaktionszeit erst bei 13 Meter und das Auto steht nach 25 Meter still. Meine Frage: Wo kann man in diesen Strassen problemlos mit Tempo 50 fahren? Das gibt es gar nicht. Wir haben Rechtsvortritt und unübersichtliche Stellen. Es gibt keinen Grund, die Initiative dem Volk vorzulegen, ausser man will viel Geld ausgeben. Angenommen wird sie vermutlich sowieso. Eine „light-Version“ kostet ein paar tausend Franken. Eine weitere Variante wären die subventionsberechtigten Massnahmen.

**Stefan Löw:** Der Einbezug der Zubringerstrassen ist problematisch. In den letzten Jahren ist in diesem Quartier nicht ausserordentlich viel mehr passiert. Mit der Einführung von Tempo 30 findet gar keine Veränderung statt. In der Hauptstrasse ist das ganz extrem und fast jeder fährt zu schnell. Wir schaffen etwas, das nicht kontrollierbar ist und sich die Bevölkerung in einer falschen Sicherheit wiegt. Bei einer Annahme werden weitere Quartiere folgen.

**Eva Keller:** Muss den immer zuerst etwas passieren? Ein schwerer Unfall oder ein totes Kind? Wir müssen vorbeugend etwas unternehmen. Tempo 30 bedeutet Erhöhung der Sicherheit des Langsamverkehrs. Es geht nicht gegen das Auto, aber die Menschen im Quartier würden Tempo 30 sehr schätzen. Tempo 30 kann auch ein Anreiz für Zuzüger sein.

**Beatrice Künzli:** Ich kann nicht verstehen, wenn man sagt, dass in den letzten Jahren nichts passiert sei. Ich verstehe auch nicht, warum der Autofahrer mit Tempo 50 fahren muss und bei Tempo 30 stark eingeschränkt sein soll, wenn er auf Fussgänger, Velofahrer und Kinder Rücksicht nehmen soll.

**Urs Baumann:** Die grösste Gefahr sind nicht die Autofahrer. Ein vernünftiger Autofahrer weiss, wie schnell er fahren muss. Die ganz grosse Gefahr sind die Velofahrer. Es ist die grössere Gefahr, wenn die Velofahrer rücksichtslos über den Stop bei der Gottesackerstrasse/Oberemattstrasse hinausfahren. Mein siebenjähriger Sohn wurde beinahe von einem Velofahrer überfahren. Nicht von einem Autofahrer. Hört doch auf, die Autofahrer als die Bösen zu bezeichnen. Warum seid Ihr gegen eine Abstimmung?

**Urs Hess:** Wir sind gegen eine Überreglementierung in unserer Gesellschaft. Hier geht es um eine Neureglementierung und das Volk soll dazu Stellung nehmen. Im Strassenverkehrsgesetz steht, dass man mit einer angemessenen Geschwindigkeit fahren muss. Egal ob Velo oder Auto. Wir nehmen den Leuten die Verantwortung weg und somit ist die Initiative abzulehnen.

**Stephan Ackermann:** Das Problem liegt bei den Kontrollen und der Durchsetzung von Reglementen. In der Hauptstrasse besteht Handlungsbedarf. Wir haben Strassengesetze und wo ist die Präsenz der Polizei? Warum stehen sie am Schalter und nicht draussen auf der Strasse?

**Dominic Strub:** Wo bleibt die Selbstverantwortung beim Fussgängerstreifen Interio?

**Rudolf Meury:** Die Mehrheit fährt angemessen. Wenn eine Minderheit „übertreibt“ und sich nicht daran hält, dann brauchen wir Gesetze. Tempo 30 kann doch keine Auseinandersetzung zwischen Links und Rechts sein. Da gelten doch andere Wertvorstellungen.

**Gert Ruder** stellt den Antrag auf Schliessung der Rednerliste.

://: Mit grossem Mehr wird die Rednerliste geschlossen

#### Abstimmung

Der Rat beschliesst mit 20 : 19 Stimmen:

://: 1. Die Einwohnerrat lehnt die Volksinitiative „Einführung einer Tempo-30-Zone im Quartier Augstmatt-Fröschmatt-Grossematt-Zweien“ ab.

Der Rat beschliesst mit grossem Mehr gegen vereinzelte Stimmen:

2. Bei ablehnendem Entscheid wird die Initiative dem Souverän zur Abstimmung unterbreitet. Der Gemeinderat legt das Datum der Urnenabstimmung fest.

## **Geschäft Nr. 2382**

## **Gemeindeverwaltung „Neubau“: Bewilligung eines Nachtragskredites von CHF 160'000.— für die Flachdachsanie rung**

### Aktenhinweis:

- Antrag des Gemeinderates vom 5. Juli 2005

**GR Rolf Wehrli:** Wir haben lange genug gewartet und müssen das Flachdach sanieren. Sie haben sicher schon gesehen, dass bei starkem Regenfall auf der Verwaltung Plastikkübel aufgestellt werden mussten. Das gibt kein gutes Bild. Die Lichtkuppeln sind brüchig und müssen ersetzt werden. Betreffend Wassereinbruch ist ein mögliches Leck gefunden worden. Falls die besagte Stelle tatsächlich repariert und der Wassereinbruch gestoppt werden kann, dann kann mit der Sanierung noch zugewartet werden. Ich bitte Sie der Vorlage zu zustimmen, damit wir handeln können.

**Rös Graf:** Die SP-Fraktion stimmt beiden Beschlüssen in der Vorlage jetzt zu.

**Urs Hess:** Auch die SVP-Fraktion kann dem Kredit zustimmen. Uns würde interessieren, wie lange die Gemeindeverwaltung am jetzigen Standort verbleibt. Der Wegzug der Verwaltung muss dringend an die Hand genommen werden. Stichwort Bahnhofareal und Schaffung von Wohnraum am jetzigen Standort.

**Heinz Schiltknecht:** Warum heisst es hier Nachtragskredit?

**Stephan Ackermann** schliesst sich dem Votum von Urs Hess an.

**GR Rolf Wehrli:** Nachtragkredit deshalb, weil wir im Unterhalt zu wenig budgetiert haben. Was machen wir in Zukunft mit der Gemeindeverwaltung? Beim Bahnhofneubau wurde mit der SBB verhandelt, weil dort gemäss QP drei Stockwerke gebaut werden könnten. Die SBB hat andere Pläne und der Quadratmeterpreis ist jenseits von „Gut und Böse“. Die Idee beim Bahnhofneubau ist „gestorben“. Aber Alternativen und Vorstudien betreffend einem neuen Standort der Gemeinde werden geprüft und diskutiert. Auch die Variante „unten Verwaltung und oben Wohnungen“ sind ein Thema.

://: Eintreten ist unbestritten

**Brigitte Frei:** Die FDP-Fraktion unterstützt die Vorlage.

### Abstimmung

Der Rat beschliesst mit grossem Mehr:

- ://: 1. Der Einwohnerrat genehmigt einen Nachtragkredit von CHF 160'000.— für die Flachdachsanieierung inklusive Lichtkuppeln für den Neubau der Gemeindeverwaltung.
2. Auf eine Betonsanieierung wird verzichtet, bis über eine allfällige Aufstockung, respektive die zukünftige Nutzung des Gebäudes entschieden worden ist..

## **Geschäft Nr. 2383**

## **Bewilligung eines Nachtragkredit- tes von CHF 48'958.— zum Kauf einer Arbeitshebebühne**

### Aktenhinweis:

- Antrag des Gemeinderates vom 16. August 2005

**GP Beat Stingelin:** Die Arbeitshebebühne respektive die Teleskopfeder aus Aluminium wurde durch unsachgemässes Handling total beschädigt. Der Schaden war irreparabel. Der entsprechende Mitarbeiter wurde verwarnet, weil er sich nicht an die Vorschriften gehalten hat. Die Hebebühne wird mindestens einmal wöchentlich im Kuspo gebraucht und auch von anderen Schulhausabwarten eingesetzt. Ich bitte Sie, dem Nachtragkredit zu zustimmen, damit nicht zuletzt auch die Arbeitssicherheit gewährleistet bleibt.

://: Eintreten ist unbestritten

**Daniela Berger:** Die SP-Fraktion ist einstimmig für Zustimmung zum Nachtragkredit. Wir hoffen, dass derartige Zwischenfälle in Zukunft nicht mehr vorkommen. Ich hätte es begrüsst, wenn ich als Einwohnerrätin vorgängig informiert worden wäre, was eine Versicherung oder ein Leasingvertrag für dieses Gerät kosten würde.

**Albert Willi:** Die SVP-Fraktion muss dem Nachtragkredit zähneknirschend zustimmen. Wir diese Hebebühne viel gebraucht? Gibt es keine günstigere Lösung? Ist es nicht möglich, etwas zu mieten oder eine Occasion zu kaufen? Gibt es keine Versicherung?

**Stephan Burgunder:** Pleiten, Pech und Pannen. Wir hoffen, dass die richtigen Massnahmen ergriffen worden sind, damit solches nicht mehr vorkommt. Es erstaunt doch sehr, dass ein solches Gerät nicht versichert ist. Die FDP stimmt der Vorlage aber, wohl oder übel, zu.

**GP Beat Stingelin:** Massnahme: Mitarbeiter dürfen die Hebebühne nur noch benutzen, wenn sie entsprechend geschult worden sind. Die Versicherung für ein solches Gerät ist verhältnismässig teuer. Zum Gebrauch: sie wird mindestens einmal pro Woche gebraucht und auch in anderen Gebäuden eingesetzt. Deshalb ist die Miete nicht möglich. Die Bühne muss eine gewisse Grösse haben, damit sie mit dem Lift versorgt werden kann. Occasionen waren auf dem Markt nicht zu finden. Es war tatsächlich eine Fehlbedienung und jeder hier hat irgendwann einmal etwas kaputt gemacht. Mich persönlich hat das auch geärgert, aber unsere Mitarbeiter dürfen Fehler machen, aber sicher nicht zwei Mal den gleichen. Ich hoffe, dass die Vereine akzeptieren, dass keine Bedienung ohne Abwart möglich ist.

**Peter Friedli:** Wenn nur noch Personen das Gerät benutzen dürfen, die einen Kurs absolviert haben, dann müssen Sie dafür besorgt sein, dass mehrere Personen fähig sind, das Gerät zu bedienen. Denn der Abwart, Ronny Abt, ist nicht tagtäglich anwesend.

#### Abstimmung

Der Rat beschliesst einstimmig:

://: Der Einwohnerrat genehmigt gemäss §38 Abs. 2 der Gemeindeordnung zu Lasten des Budgets 2005 einen Nachtragskredit von CHF 48'958.—für die Beschaffung einer neuen Arbeitshebebühne.

---

## **Geschäft Nr. 2384**

## **Reglement über die Gross-Gemeinschafts-Antennenanlage (GGA Reglement) – Änderung von §3**

#### Aktenhinweis:

- Antrag des Gemeinderates vom 16. August 2005

**GR Ruedi Handschin:** Warum möchten wir die Änderung des Paragraphen 3? Die Vorgeschichte betreffend Rechtsform kennen Sie ja. Wir haben mit Reinach intensive Gespräche geführt. Reinach hat ein wesentlich grösseres Einzugsgebiet und fast doppelt so viele Anschlüsse wie Pratteln und die angeschlossenen Gemeinden. Pratteln hat ein voll ausgebautes Netz auf dem neuesten Stand. Reinach hat Pratteln für eine Signallieferung angefragt. Ich bin froh, aber auch stolz, Ihnen die Vereinbarung heute präsentieren zu können. Die Zusammenarbeit mit Reinach bedingt aber eine kleine Änderung im Reglement und die Schaffung einer Koordinationskommission wie sie gemäss Ziffer 3 in der Vereinbarung vorgesehen ist. Die Koordinationskommission ist für die technische Ausführung verantwortlich. Deshalb auch die neue und etwas breitere Fassung von Paragraph 3 im Reglement. Die Einflussnahme des Einwohnerrates ist nach wie vor gleich und erfolgt über die Budgetgenehmigung.

**Heinz Schiltknecht:** In der Vorlage stehen Worte, die mich persönlich stören. Ich zitiere: „Im Hinblick auf die laufende Diskussion um die anvisierte Änderung der Rechtsform der GGA .....“ Die Gemeinde Pratteln hat vor kurzem bei einer Volksabstimmung gesagt, dass die bestehende Rechtsform gut sei. Und jetzt denkt man immer noch an andere Rechtsformen. Das kann nicht die Meinung einer Volksabstimmung sein, wenn man zwei Jahre später wieder mit einer Änderung kommt. Ihr könnt das versuchen aber ich bin sicher, dass das gleiche Ergebnis resultiert. Ich empfehle dem Gemeinderat, den Änderungsvorschlag der SP anzunehmen. Das würde der Gemeinde Pratteln erlauben, mit allen Gemeinden partnerschaftlich zusammen zu arbeiten und das aus einer starken Verhandlungsposition heraus. Die Leute dürfen betreffend Rechtsform nicht im Zweifel gelassen werden. Das ist für die Partner eine unmögliche Situation. Wir behalten die bestehende Rechtsform bei und binden die Partnergemeinden über die Kommission ein. Die Preise sollen so tief wie heute gehalten werden, oder allenfalls noch tiefer. Das macht Pratteln attraktiv und es ist der Preis der zählt. Pratteln muss modern bleiben. Ich bitte Sie, nicht wieder mit einer neuen Rechtsform zu kommen, damit wir den gleichen Kampf nochmals vor dem Volk austragen müssen. Im Übrigen empfehle ich dem Gemeinderat, das ganze Reglement zu überarbeiten.

**Petra Ramseier, Dieter Stohler und Erich Weisskopf** plädieren für Eintreten.

://: Eintreten wird einstimmig beschlossen.

**Christine von Arx** stellt folgenden Beschlussantrag: *„Bau, Betrieb und Verwaltung der Grossantennenanlage sind Sache der Gemeinde. Der Gemeinderat kann die Vergabe von Arbeiten an Spezialfirmen oder eine vertraglich begründete Kommission übertragen“*. Die Formulierung „an Dritte“ geht zu weit und entspricht eigentlich auch nicht dem, was in der Vorlage steht. Der Gemeinderat, der noch weitere Vertragspartner hat, will die Kompetenzen an eine Kommissionen übertragen. Wir möchten, dass dies so gemäss unserem Vorschlag formuliert wird. Wir haben bewusst auf das Wort Koordinationskommission verzichtet, falls später eine andere Bezeichnung gewählt werden sollte. Ich bitte Sie, unseren Antrag anzunehmen.

**Erich Weisskopf:** Die SVP-Fraktion unterstützt den Antrag des Gemeinderates und befürwortet die Reglementsänderung.

**Petra Ramseier** stellt einen sinngemäss ähnlichen Antrag wie die SP-Fraktion.

**Dieter Stohler:** Die FDP ist einstimmig für den Antrag des Gemeinderates. Das Mitspracherecht, insbesondere das Vetorecht, finde ich gut. Da gibt man nichts aus der Hand und ich kann dem vorbehaltlos zustimmen. Ich finde die Fassung des Gemeinderates die beste, kann aber auch mit dem Vorschlag der SP leben.

**Urs Hess:** Im Antrag der SP passt mir der Begriff „Spezialfirmen“ nicht. Es handelt sich sowieso um Spezialfirmen und ich bevorzuge die Fassung des Gemeinderates.

**Petra Ramseier** zieht ihren Antrag zu Gunsten des SP-Antrags zurück.

**Heinz Schiltknecht:** In der ursprünglichen Fassung stand „Spezialfirmen“. Das Wort „Dritte“ ist sehr weit gefasst und man kann nicht genau festlegen, ob es sich um eine Drittfirma handelt, die etwas mit der GGA zu tun hat. Zusätzlich möchten wir der Gemeinde Pratteln ermöglichen, mit anderen Gemeinden Kommissionen zu schaffen. Die Fassung des Gemeinderates ermöglicht dies nicht zwingend. Mit unserem Vorschlag ermöglichen wir beides, sie umfasst alles und schränkt nichts ein. Arbeiten an Dritte heisst nicht unbedingt, dass es auch an eine Kommission delegiert werden kann. Ich bitte Sie, sich dies für die zweite Lesung gut zu überlegen.

**GR Ruedi Handschin:** Die Philosophien von Pratteln und Reinach sind völlig übereinstimmend. Der wichtigste Punkt dabei ist, dass wir die „letzte Meile“ nicht aus der Hand geben wollen. Das physische Glasfasernetz soll im Besitz der Gemeinden Pratteln und Reinach bleiben. Wir erleben in nächster Umgebung andere Bestrebungen, wo solche Anlagen verkauft werden sollen und am Schluss der Konsument mehr zu bezahlen hat. Ich spüre ein gewisses Misstrauen. Mit dem Wort „Dritte“ ermöglichen wir auch alles und ich bitte Sie, unseren Antrag zu unterstützen.

**GR Elisabeth Schiltknecht:** Man muss sich überlegen, ob man das nicht mit einer feineren Formulierung genauer umschreiben muss. Einerseits geht es darum, dass der Gemeinderat selber Arbeiten direkt vergeben kann und andererseits kann er die Kompetenz abgeben, Arbeiten zu vergeben.

**Christine von Arx:** Unser Vorschlag ist nicht so offen und es sind klar zwei Dinge. An „Dritte“ ist einfach etwas unglücklich formuliert und es geht uns nicht darum, das als Misstrauensvotum verstanden zu wissen. Es geht um eine reine Präzisierung im Reglement.

**Gert Ruder:** Es geht nicht um eine Vertrauensfrage oder Misstrauen. Es geht darum, dass man bei der Reglementsänderung festschreibt, was Praxis ist. Praxis und Tatsache ist, dass der Gemeinderat die Entscheidungskompetenz hat, aber mit Bestimmtheit nicht in allem die Fachkompetenz. Die Fachkompetenz wird übertragen. Der Gemeinderat nennt das „Dritte“. Das ist zu vage und zu wenig. Darum haben wir unsere Fassung vorgelegt und man sollte sich das für die zweite Lesung noch einmal gut überlegen.

**Stephan Ackermann:** Es ist kein Misstrauensvotum, aber der Gemeinderat hat nun die Möglichkeit, das noch einmal zu besprechen.

#### Abstimmung

Antrag der SP-Fraktion:

*Bau, Betrieb und Verwaltung der Grossantennenanlage sind Sache der Gemeinde. Der Gemeinderat kann die Vergabe von Arbeiten an Spezialfirmen oder eine vertraglich begründete Kommission übertragen.*

Antrag des Gemeinderates:

*Bau, Betrieb und Verwaltung der Grossantennenanlage sind Sache der Gemeinde. Der Gemeinderat kann die Vergabe von Arbeiten an Dritte übertragen.*

://: Auf den Antrag der SP-Fraktion entfallen 18 Stimmen, auf den Antrag des Gemeinderates entfallen 19 Stimmen, 2 Enthaltungen.

Ende 1. Lesung

---

**Geschäft Nr. 2368**

**Interpellation von Urs Hess betr.  
„Keine Übersicht beim Fussgängerstreifen Interio“**

Aktenhinweis:

- Interpellation Nr. 2368 vom 28. April 2005

**GR Ruedi Handschin:** Die Krummeneichstrasse ist eine Kantonsstrasse. Wir haben Abklärungen vorgenommen und die Unfallstatistik in diesem Gebiet betrachtet. Es hat sich gezeigt, dass sich in den letzten 5 Jahren rund 20 Auffahrkollisionen, auch mit Verletzten, im Bereich des Fussgängerstreifens ereignet haben. Die Sicht war denkbar schlecht. Eigentlich hätte bereits der Kanton aufgrund dieser Tatsachen reagieren und etwas unternehmen müssen. Im Dialog mit dem Kanton haben wir dann schnell festgestellt, was man mit wenig Aufwand etwas machen kann. Zur ersten Frage: Die Sammelstelle wurde um 170 cm zurückversetzt. Von 50 auf 220 cm. Die Übersicht ist nun wesentlich besser. Zur zweiten Frage: Es hat ein Augenschein stattgefunden und aus der Sicht der Verkehrsanalysestelle ist eine zusätzliche Beleuchtung als nicht notwendig erachtet worden. Zur dritten Frage: In der Zwischenzeit ist alles realisiert worden und ich habe einige positive Reaktionen erhalten. Ich danke dem Interpellant, dass mit seinem Vorstoss der entsprechende Druck gemacht und eine wesentliche Verbesserung der Sicherheit der Fussgänger erreicht werden konnte.

://: Mit grossem Mehr gegen 1 Stimme wird Diskussion beschlossen.

**Urs Hess:** Ich habe Diskussion verlangt, weil ich dem Gemeinderat für die speditive Erledigung danken möchte. Obwohl scheinbar die Beleuchtung ausreichen soll, bitte ich den Gemeinderat zu veranlassen, an den Bäumen einige Äste entfernen zu lassen, damit man auch die dunkel angezogenen Personen besser sieht.

## Geschäft Nr. 2374

## Interpellation von André Stöckli betr. „Höhere Eigenmietwerte und Wegfall des Mietkostenabzuges – Konsequenzen für die Gemeinde“

### Aktenhinweis:

- Interpellation Nr. 2374 vom 1. Juni 2005

**GR Max Hippenmeyer:** Grundsätzlich ist es schwierig, diese Interpellation zu beantworten, da der Kanton selbst noch nicht Stellung zu dieser neuen Ausgangslage genommen hat. Trotzdem will ich zu den gestellten Fragen Stellung zu nehmen. *Mit welchen Mehreinnahmen rechnet der Gemeinderat bereits für das Jahr 2005?* Da zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch nicht klar ist, zu welchem Zeitpunkt die Folgen des Bundesgerichtentscheides in Kraft treten, budgetiert der Gemeinderat für das kommende Jahr die Steuereinnahmen auf der bisherigen Basis. *Wäre in Pratteln die Einführung eines Steuerrabatts möglich?* Grundsätzlich ja, wobei noch abgeklärt wird, ob dazu wie bei einer Änderung des Steuersatzes eine Zweidrittelmehrheit des Einwohnerrates nötig ist oder nicht. *Wenn ja, ist der Gemeinderat bereit, diese Variante zu unterstützen?* Angesichts unserer schmalen Eigenkapitalbasis sieht der Gemeinderat vorderhand keinen Spielraum für eine Steuersenkung, sei es in Form einer generellen Reduktion des Steuersatzes oder mittels eines Rabatts. Vielmehr will er den bereits eingeschlagenen Weg der Gebührenrabatte (Abwasser und später eventuell das Wasser und die GGA) weiter verfolgen, da diese Spezialfinanzierungen ein solches Vorgehen besser verkraften können. *Sieht der Gemeinderat andere Möglichkeiten, diese Steuererhöhung abzufedern?* Siehe Antwort zur Frage 3. *Falls eine Kompensation nicht möglich ist: Wo will der Gemeinderat die nicht budgetierten Mehreinnahmen einsetzen?* Wenn durch diese Mehreinnahmen ein Ertragsüberschuss erzielt wird, ist in erster Linie dringend unsere Eigenkapitalbasis zu verbessern. *Könnte sich der Gemeinderat in diesem Fall vorstellen, die Mehreinnahmen zweckgebunden zur Werterhaltung von gemeindeeigenen Gebäuden einzusetzen?* Das ist durchaus möglich. Ich erinnere daran, dass noch über die Renovation des gelben Schulhauses zu be-

schliessen ist und auch für das Feuerwehrmagazin in absehbarer Zeit ein Ersatz gefunden werden muss. Die oben erwähnten Mehreinnahmen, sollten sie dann eintreffen, könnten ohne weiteres in eine entsprechende Spezialfinanzierung eingelegt werden. Dies zu beschliessen, liegt jedoch in der Kompetenz des Einwohnerrates.

**André Stöckli** bedankt sich für die Antworten.

## **Geschäft Nr. 2377**

## **Interpellation von Christine von Arx betr. „Spar Aegelmatt“**

### Aktenhinweis:

- Interpellation Nr. 2377 vom 27. Juni 2005

**GP Beat Stingelin:** *Seit wann weiss der Gemeinderat von dieser Schliessung? Der Gemeinderat weiss schon seit längerer Zeit, praktisch gleich lange wie alle Einwohnerinnen und Einwohner, von der Schliessung. Was macht der Gemeinderat dagegen und wie hat er sich für den Erhalt des Ladens eingesetzt? Die Schliessung war beschlossene Tatsache der Firma. Wir haben aber im Baugesuchsverfahren angenommen, dass sie einen Nutzungsbonus erhalten aber ganz klar die Bedingung gestellt, dass dort wieder ein Laden eingebaut wird. Alle anderen Informationen sind falsch. Dort wird es einen Laden geben. Weshalb wurde die Baubewilligung für die fragliche Liegenschaft nicht mit der Pflicht verknüpft, dort einen Laden zu führen? Das haben wir gemacht und ich weiss nicht, warum es andere Informationen gibt. Was geschieht mit den Angestellten? Ich habe gehört, dass die Leute versetzt wurden. Bemüht sich der Gemeinderat darum, dass sich an diesem Standort erneut ein Laden ansiedelt? Habe ich bereits beantwortet. Mit dem Nutzungsbonus ist es eine Pflicht, sonst kann man dort nicht bauen. Was tut der Gemeinderat im Allgemeinen, damit die Aussenquartiere attraktiv bleiben? Ich nehme an, dass sich die Frage auf die Läden bezieht. Es finden Verhandlungen statt für das Gebiet Aegelmatt. Es gibt grössere Firmen, die etwas machen wollen und es gibt auch einheimisches Gewerbe, die Interesse am Laden haben. Wir werden versuchen, dass die Bewohner des Quartiers auch in Zukunft eine Einkaufsmöglichkeit haben. Man kann aber nicht alles abdecken. Im Rankacker, Gehrenacker und in der Längi gibt es Läden und selbstverständlich hat auch das Gebiet um die Stockmatt einen Anspruch auf eine Versorgung. Zur Frage 7 betreffend Postzustellung: Wir sind froh, dass die Post noch dort ist. Das ist nicht so selbstverständlich, wo doch an vielen Orten Poststellen geschlossen werden. Mittlerweile wurde dort eine bescheidene Einkaufsmöglichkeit vor der Post geschaffen. Ich wundere mich über die Berichterstattung der bz vom 27. Juni und wenn man uns angefragt hätte, wäre die Interpellation nicht nötig gewesen.*

*://:* Mit grossem Mehr gegen 2 Stimmen wird Diskussion beschlossen.

**Christine von Arx:** Ich bedanke mich für die Beantwortung der Fragen. Bis wann kann man mit einer Lösung rechnen? Im Moment sieht es ziemlich verwahrlost aus. Es ist ein Problem, dass die Post im Quartier nicht zugestellt wird und jedermann jeden Abend sein Postfach leeren muss. Es ist zwangsweise und es ist nicht so, dass jeder freiwillig ein Postfach hat. Das hat mit Dienstleistungen zu tun. Das ist für ältere und gehbehinderte Leute sehr schwierig. Der Verkaufsanhänger verkauft nur die nötigsten Dinge wie Brot und Milch. Schwere Dinge wie Mineralwasser gibt es nicht. Es nimmt mich schon wunder, was der Gemeinderat zur ganzen Problematik findet. Es kann doch nicht sein, dass die Bürger von der Post schlicht nicht bedient werden, so wie jeder andere Bürger in diesem Land auch.

**GR Uwe Klein:** Betreffend der Postzustellung kann ich Ihnen raten, bei der Post einen Antrag zu stellen und Sie erhalten die Post nach Hause. Das haben schon viele getan und erhalten nun die Post in den Briefkasten. Der Sparladen wäre per 1. Januar geschlossen worden. Der Gemeinderat hat sich eingesetzt und bemüht, dass der Laden bis zu Beginn der Bauarbeiten geöffnet bleibt. Als Quartierbewohner habe ich mich persönlich sehr eingesetzt. Nun ist die Baracke leer und es ist Sache der privaten Käuferschaft, die Arbeiten weiterzuführen. Die Baubewilligung liegt vor und ist gültig. Das ist nicht das Problem des Gemeinderates und wir müssen abwarten. Spar wird nicht mehr kommen, weil die Fläche im neuen Gebäude zu klein ist.

**GP Beat Stingelin:** Betreffend Baubeginn zitiere ich aus dem Brief der k-werkstatt (Bauherr) vom 8. August 2005: *„Derzeit befinden wir uns in der Submissionsphase und wir möchten demnächst mit den Bauarbeiten beginnen können. Der Bauphase sehen wir positiv entgegen. Wir suchen derzeit noch nach einem geeigneten Mieter für den Quartierladen und hatten bisher Kontakt zu einigen bekannten Schweizer Unternehmen. Aus verschiedenen Gründen ist es bis heute zu keinem Vertragsabschluss gekommen. Wir bemühen uns weiterhin Mieter bzw. Betreiber zu finden. Gerne werden wir Sie weiterhin über den Stand des Projektes informieren und stehen Ihnen für Fragen selbstverständlich zur Verfügung.“* Sie sehen, wir versuchen Antworten zu erhalten aber zwingen können und wollen wir niemanden. Betreffend Post: Es ist keine Postvorlage und die Interpellation betreffend Spar Aegelmatt haben wir zu beantworten versucht.

**Christine von Arx:** Ich habe nie behauptet, dass der Gemeinderat nichts macht, damit wieder ein Laden in das Quartier kommt.

## **Geschäft Nr. 2375**

## **Interpellation von U. Baumann betr. „Schülerzahlen, Sparpotential und Teamteaching“, schriftliche Antwort des Gemeinderates**

### Aktenhinweis:

- Interpellation Nr. 2375 vom 27. Juni 2005
- Schriftliche Antwort des Gemeinderates vom 13. September 2005

**GR Elisabeth Schiltknecht:** Die Interpellation von Urs Baumann haben wir an den Schulrat weitergegeben. Die schriftliche Antwort liegt nun vor.

**Urs Baumann:** Ich bin nicht zufrieden mit der Antwort und verlange Diskussion.

**:::** Einstimmig wird Diskussion beschlossen.

**Urs Baumann:** Ich danke dem Gemeinderat für die rasche Beantwortung, aber ich dachte die Antwort käme vom Gemeinderat. Es ist tatsächlich so und die höchsten Richtzahlen stehen sehr abschliessend im Bildungsgesetz. Ich habe festgestellt, dass wir im Jahre 2004 eine Kindergartenklasse und 3 Primarklassen zuviel geführt haben. Das sind 4 Klassen und kostet rund eine halbe Million. Zum Teamteaching: Das Teamteaching kostet die Gemeinde CHF 450'000.— im Jahr. Den Sinn des Teamteaching will ich nicht in Frage stellen. Das ist sicher eine gute Sache und in den Ausenquartieren sicher nötig. Ich setze aber ein Fragezeichen, wenn für 4 fremdsprachige Kinder eine Kindergärtnerin einen halben Tag angestellt wird. Das ist „Geld aus dem Fenster geworfen“. Mein Vorschlag wäre, das Teamteaching in den Zentrumskindergärten zusammen zu legen. Ich bestreite nicht, dass die Kinder Deutschunterricht brauchen, aber es muss effizient gestaltet sein. Das Geld fehlt an allen Ecken

und Enden und ich habe das Gefühl, dass Stellen für Lehrkräfte geschaffen werden, damit diese ein gutes Auskommen haben. Welches sind die Kriterien, damit Kinder den Deutschunterricht erhalten? Es gibt ein grosses Sparpotential, aber man muss gewisse Dinge ernsthaft überprüfen. Ich bin enttäuscht von der Antwort und ich bitte den Gemeinderat, die Zahlen genau zu überprüfen.

**Rolf Hohler:** Auch wir stellen das Teamteaching nicht in Frage, weil wir damit sicher 3 Schulklassen sparen. Eine Zusammenlegung ist jedoch zu überprüfen, wie dies Urs Baumann schon erwähnt hat. Der Einwohnerrat sollte die genauen Zahlen betreffend Doppelzählung kennen, damit er sich ein Bild davon machen kann. Sie schreiben, dass in 3 Kindergärten nur an einem Vormittag Teamteaching stattfindet. Das sind die im Dorf. Wenn man diese wegzählt, dann kommen wir auf 41 Teamteachingblöcke in 11 Kindergärten. Das ergibt im Durchschnitt etwas mehr als vier in einer Woche. Hier wollen wir mehr Aufschluss betreffend Zusammensetzung der Zahlen.

**GR Elisabeth Schiltknecht:** Es liegen viele Fragen von Urs Baumann vor und die Hälfte davon habe ich nicht verstanden. Man muss klar sagen, dass der Schulrat bestimmt, wie man die Klassen einteilt. Ohne Teamteaching-Modell hätten wir mehr Kindergartenklassen und wir haben hier wenig Sparpotential. Ich bitte Sie, die zusätzlichen Fragen genau zu formulieren, damit diese dem Schulrat weitergeleitet werden können. Zu den Zahlen von Urs Baumann: Die Berechnung ist korrekt erfolgt. Die Berechnung geht vom Schulrat an den Kanton und wird dort geprüft. Man kann auch nicht Kinder vom Dorf in die Längi versetzen. Der Gemeinderat hat das Teamteaching sehr genau überprüft und ist der Ansicht, dass dies für Pratteln ein Gewinn bedeutet. Einerseits für die Förderung der Kinder und andererseits auch bei den Kosten. Wir schaffen hier keine komfortablen Stellen für Kindergärtnerinnen, sondern eine gute Ausgangslage für unsere Kinder bei der Einschulung. Mit einer grösseren Sprachkompetenz kann die Einteilung in eine Kleinklasse verhindert werden. Eine Regelklasse ist immer noch billiger als eine Kleinklasse. Sprachförderung mit Teamteaching heisst auch Prävention. Pratteln tut gut daran, Prävention zu betreiben um später Kosten zu sparen.

**Urs Baumann:** Es tut mir leid, dass Sie mich nicht verstanden haben. Ich bin gerne bereit eine weitere Interpellation einzureichen und die Fragen detailliert aufzuführen.

**GP Beat Stingelin:** Die Rechnung ist nicht einfach zu machen und nur mit „geteilt durch“ funktioniert das nicht. Mit dem neuen Bildungsgesetz, und das müssen Sie einfach zu Kenntnis nehmen, hat der Gemeinderat wahrlich nicht viel zu sagen. Wir haben die Klassenzahlen im Gemeinderat diskutiert, obwohl dies gemäss Bildungsgesetz gar nicht vorgesehen ist. Der Schulrat beschliesst. Sie haben Vertreterinnen und Vertreter im Schulrat und ich bitte Sie, ihre Leute dort zu befragen, was und warum sie so entscheiden. Das ist der richtige Weg und ich will hier nicht diskutieren, was der Gemeinderat zu tun hat. Der Gemeinderat kann nur zur Kenntnis nehmen, was der Schulrat bestimmt und die Schulleitung umsetzt.

**Kurt Lanz:** Auch ich bitte Sie, sich bei Fragen zur Bildung an den Schulrat zu wenden.

**GR Elisabeth Schiltknecht:** Ein Weg ist tatsächlich, an den Schulrat zu gelangen. Der Einwohnerrat ist schon auch der richtige Ort, um Fragen zu stellen, aber man kann nicht vom Gemeinderat erwarten, dass er abschliessend Stellung nehmen kann zu Fragen, welche die Schule betreffen. Der Gemeinderat ist nur „Briefträger“ in dieser Sache. Im Kindergarten haben wir ein Modell, wo die Gemeinde günstiger fährt, als wenn sie die übliche Form wählen würde. Hier liegt eine Spezialbewilligung vor.

**Stefan Löw:** Ich bitte die GPK, diese Fragestellungen wahrzunehmen und die Fragen als Auftrag entgegen zu nehmen.

Im Verlauf der Diskussion wurden keine neuen Argumente vorgebracht.

---

Die Sitzung wurde um 21.35 Uhr beendet.

Pratteln, 11. Oktober 2005

Für die Richtigkeit:

**EINWOHNERRAT PRATTELN**

Der Präsident      Der Sekretär

Werner Graber      Bruno Helfenberger